

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Freitag. Regelmäßige Beilagen: „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnrade“. Bezugspreis: Bei den Abonnenten vierteljährlich RM 2.40 bis zu 1000, nach dem Bestellgeld; bei den Lesern monatlich 85 Pfg., einschließlich Transportlohn. Anzeigen: Grundpreis 20 Pfg., totale 20 Pfg., Anzeigen von auswärtigen werden durch Postnachnahme. Druck- und Verlagsort: Krefeld. Schriftleitung und Verlag: Krefeld (Hessen), Postfach 12. Fernsprecher 13. Postamt-Lohn Nr. 4333, Amt Frankfurt a. M.

Wiederaufnahme der Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Eine Erklärung des Vierbundes. — Die Forderungen Wilsons. — 27000 Tonnen versenkt.

Der deutsche Generalstab meldet:

W. G. G. Großes Hauptquartier, den 10. Januar. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich von Osnabrück am Nachmittag lebhafter Artilleriekampf. Westlich von Bandoorbe schloß ein starker nördlicher Erkundungsvorstoß der Engländer. An der übrigen Front blieb die Gefechtsintensität gering.

Im Dezember beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 9 Besselbälle und 119 Flugzeuge, von denen 47 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind. Wir haben im Kampf 82 Flugzeuge und 2 Besselbälle verloren.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front und Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 10. Jan., abends. (W. G. G. Amtlich) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Generalstab meldet:

Wien, 10. Jan. (W. G. G. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Westlich Kiago wurde ein feindlicher Angriff abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

27000 Tonnen versenkt.

Berlin, 9. Jan. (W. G. G. Amtlich.) Trefflich durchgeführte Angriffe brachten einem unserer erfolgreichsten U-Boots-Kommandanten, dem Kapitän Eutnant Steinbrink, am Westausgang des Ärmelkanals einen Erfolg von 27000 Brutto-registertonnen ein.

Von den zum größten Teil betroffenen Dampfern, wurden drei große, tief geladene aus einem durch Zerstörer, Zischdampfer, Luftschiffe und Flugzeuge besonders stark gefährdeten Geleitzug herausgelassen. Art und Stärke der Sicherung lassen darauf schließen, daß es sich um Schiffe mit ganz besonders wertvoller Ladung handelt. Einer dieser Dampfer war vom Einheitsstyp und mindestens 5000 Tonnen groß. Unter den übrigen versenkten Schiffen befand sich der brasilianische (nach Angabe der Besatzung englische) bewaffnete Dampfer „Gara“, 3324 Tonnen. Außer den sechs Dampfern wurde ein Wollschiff von mindestens 1500 Tonnen versenkt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Untergang eines englischen Zerstörers.

Berlin, 10. Jan. Die „Verl. Rta. am Rittag“ meldet aus Hamburg: In der deutschen Bucht wurden Patrone-Ritter mit leeren 76 Zentimeter-Artisken und ein Rettungsring, gesunken. S. M. S. „Nadant“, aufgefischt. Nadant ist ein neuer englischer Zerstörer, der danach anscheinend untergegangen ist.

Die französische Niederlage bei Alen.

Es bestätigt sich, daß die Franzosen bei ihrem Angriff westlich Alen am 8. Januar, der mit einer völligen Niederlage endete, außerordentlich hohe Verluste erlitten haben. In einem schmalen Abschnitt wurden allein über 100 tote Franzosen gezählt. Sehr interessant ist demgegenüber die Angabe des Kampfrichts von dem 10. Januar, 4 Uhr vor-

mittags, der meldet, daß die Verluste der Franzosen außer einigen Leichtverwundeten nur sechs tote betragen hätten.

Trotz schädlichen Wetters setzten die Engländer und Franzosen unter starkem Feuerdruck in großer Stärke ihre Erkundungsversuche fort. In Blandern westlich Bandoorbe schloßen starke englische Patrouillenangriffe reißlos. Auch an den übrigen Stellen der Westfront konnten vorübergehende Erkundungsabteilungen nicht einmal bis an unsere Glinde-nisse herangelangen.

Das Friedensprogramm Wilsons.

Zustimmung in Amerika.

New York, 9. Jan. (W. G. G.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Morgenblätter bezeichnen in ihren redaktionellen Beiträgen die Volkskraft des Präsidenten Wilson als die am klarsten umschriebene und verständlichste Feststellung der Friedensbedingungen, die bisher von dem verantwortlichen Haupt irgend einer Regierung dargelegt worden sei. Sie steh in ihren wertvollen Vorüberblicken in einem engen Einverständnis mit Lloyd George und sei ein Beweis dafür, daß ein vollkommenes Einvernehmen zwischen Washington und London hinsichtlich der Kriegsziele und der Kriegsziele bestehe. Die „New York World“ lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die Volkskraft nur in einem einzigen bemerkenswerten Punkt von der Rede Lloyd Georges abweiche und zwar betreffs Russlands, das nach der Erklärung des englischen Premierministers nur durch sein eigenes Volk gerettet werden könne, während Wilson ganz richtig bemerke, er glaube, daß der zukünftige Weltfrieden in nicht geringerem Maße von dem schließlichen Schicksal Russlands abhängen, und sich weigere, das russische Volk den deutschen Künsten und Machenschaften auszuliefern. „New York Tribune“ bemerkt, daß die Vereinigten Staaten und die von den deutschen Völkern unmittelbar bedrohten Völker dem Präsidenten Wilson Dank schulden. „Sun“ zieht einen lauten Vergleich zwischen Lloyd Georges und Wilsons Programm und fügt hinzu, es bestehe keine wesentliche Verschiedenheit zwischen den von beiden aufgestellten Bedingungen. Die beiden Erklärungen zusammengefaßt stellen die aufrichtigen und übereinstimmenden Absichten der beiden Regierungen dar. „New York Times“ sagt, nachdem nun die Kriegsziele der Verbündeten nochmals dargelegt worden seien, möge der Kampf gegen die Deutschen einen weiteren, befriedigenden Fortgang nehmen.

Brest-Litowsk bleibt Verhandlungsort.

Brest-Litowsk, 10. Jan. (W. G. G. Nichtamtlich.) In der heutigen Mittagsitzung erklärte sich die russische Delegation bereit, die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk fortzusetzen. Ferner stellte sie fest, daß die vom Westbureau veröffentlichte Darstellung über den Verlauf der Sitzung vom 28. Dezember 1917 den tatsächlichen Vorgängen entspricht. Die von der russischen Telegraphenagentur verbreitete Nachricht über den Verlauf dieser Sitzung wurde russischerseits als unrichtig bezeichnet.

Beginn der neuen Verhandlungen.

Brest-Litowsk, 9. Jan. (W. G. G. Nichtamtlich.) Heute vormittag um 11 Uhr fand eine Vollversammlung statt, an der sämtliche Delegationen und die ukrainischen Vertreter teilnahmen. Der Großherzog Talaat Pascha eröffnete die Sitzung und übergab den Vorsitz an den Staatssekretär von Kühlmann.

Staatssekretär v. Kühlmann nahm darauf das Wort zu folgenden Ausführungen:

Die für die bisherigen Sitzungen maßgebenden Formalien werden, wie ich annehme, mit allgemeiner Zustimmung auch weiter als maßgebend betrachtet werden. Da in der Zusammenfassung einzelner Delegationen Veränderungen vorgenommen sind, erscheint es nicht überflüssig, am Beginn unserer Arbeiten einen kurzen Rückblick auf die Vorgeschichte und den bisherigen Gang der Verhandlungen zu werfen.

Die bisherige Entwicklung.

Die gegenwärtige russische Regierung hat am 28. November 1917 durch einen „An Alle“ gerichteten Aufruf unter Mitteilung gewisser Wünsche ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit den Kriegführenden in Friedensverhandlungen einzutreten. Darauf hat der deutsche Reichstag, Herr Dr. Graf Hertling, in seiner programmatischen Antikörper vor der Vollversammlung des Deutschen Reichstages am 29. November 1917 erklärt:

„Die russische Regierung hat gestern von Zarsoje Selo aus ein von dem Volkstumsrat für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Trojki, und dem Vorsitzenden des Rates der Volkstumsrat, Herrn Lenin, unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierungen der Kriegführenden Länder gerichtet, worin sie vorschlägt, zu einem neuen Termin in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß in den bisher bekanntgewordenen Vorschlägen der russischen Regierung diskutablen Grundrissen für die Aufnahme von Verhandlungen erblickt werden können, und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu bevollmächtigte Vertreter entsendet. Ich hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.“

Die leitenden Staatsmänner der anderen Verbündeten gaben dem Sinne nach gleiche Erklärungen ab.

Am 2. Dezember 1917 begannen die Verhandlungen über den Waffenstillstand, die am 15. Dezember durch Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages erfolgreich zu Ende geführt worden sind.

Die Aufgabe der Konferenz.

Gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages in Artikel 9: „Die vertragsschließenden Parteien werden im unmittelbaren Anschluß an die Unterzeichnung dieses Waffenstillstandsvertrages in Friedensverhandlungen eintreten“, entsandten die vier verbündeten Mächte bevollmächtigte Vertreter über Brest-Litowsk, die mit den Vertretern der russischen Regierung am 22. Dezember 1917 die Friedensverhandlungen begannen.

Diese zerfielen in zwei getrennte Teile:

In eine Erklärung über die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens und in eine Besprechung derjenigen Punkte, die unter allen Umständen zwischen den Mächten des Vierbundes und der russischen Regierung zur Erörterung gestellt werden mußten. Wie von der russischen Delegation in der Sitzung vom 25. Dezember 1917 vorgeschlagen worden ist, trat eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen ein, „damit, nach der russischen Erklärung, die Völker, deren Regierungen den gestrichelten Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden sich noch nicht angeschlossen hätten, die Möglichkeit hätten, genügend mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens sich bekannt zu machen; nach Verlauf der besagten Frist müßten die Verhandlungen erneuert werden, abgesehen davon, ob und wieviel kriegsführende Staaten sich den Verhandlungen anschließen“. Die Frist ist am 4. Januar 1918 abgelaufen. Die verbündeten Regierungen haben darauf nachstehenden gemeinsamen Beschluß durch Aufruf verabschiedet, nachdem ihnen bekannt geworden war, daß von den Regierungen der Entente irgendwelche zweideutige Mitteilungen nicht eingegangen waren:

Das Angebot vom 25. Dezember.

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Vorbehalte für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatte sie die Gültigkeit dieser Vorbehalte ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt im Kriege befindlichen Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauellen Bedingung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgelegt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundrissen eines sofortigen allgemeinen Friedens bekannt werden und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellten fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Wie sich aus dem Inhalt der Mitteilung der verbündeten Regierungen vom 25. Dezember 1917 ergibt, war die wesentliche Vorbedingung, die darin gestellt wurde, die einstimmige Annahme der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen durch alle feindlichen Mächte. Der Nichtertritt dieser Bedingung hatte die aus dem Inhalt der Erklärung und dem Verbleiben der Frist sich ergebenden Folgen. Das Dokument ist hin-fällig geworden.

Der künftige Verhandlungsort.

Die nächste Aufgabe unserer Versammlung war zunächst, die Verhandlungen an dem Punkte wieder aufzunehmen, an dem

Re dem Eintritt der Weihnachtspause sich befanden. Die russische Delegation hat aber durch ein von Herrn Joffe geschicktes Telegramm an General Hoffmann diesem mitgeteilt: „Die Regierung der russischen Republik hält es für notwendig, die weiteren Verhandlungen über den Frieden auf neutralem Boden zu führen und schlägt hierfür vor, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen“ und auch in einem weiteren Telegramm den Wunsch der Verlegung des Verhandlungsortes in das neutrale Ausland zu erkennen gegeben.

Ich will auf die an derartigen Darlegungen an anderer Stelle den Herren Delegierten bekannten Gründen, die es unmöglich machen, die Verhandlungen an einem anderen Orte als Brüssel-Votum zu führen, hier nicht mehr eingehen, aber sehr schon als feststehenden und unabänderlichen Beschluß der vier verbündeten Mächte ansprechen, daß sie nicht in der Lage sind, die jetzt hier angehängten Verhandlungen über einen Präliminarfrieden an einem anderen Orte weiterzuführen. Wie schon früher in unveränderlicher Weise dargelegt, waren sie aus Courttoise gerne bereit, die formelle Schlussverhandlung und die Unterzeichnung der Präliminarien an einem mit der russischen Delegation zu vereinbarenden Orte vorzunehmen und über die Wahl dieses Ortes in eine Debatte einzutreten. Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß jedoch für die Führung einer Verhandlung die Atmosphäre, in der sie sich vollzieht, von der allergrößten Wichtigkeit ist, da seit dem Abbruch des Götterhausausstausches vor der gemeinsamen Unterbrechung der Verhandlungen sich manches zugegetragen hat, was geeignet ist, Zweifel an der aufrichtigen Absicht der russischen Regierung zu erwecken, mit den Mächten des Bundes zum Abschluß eines raschen Friedens zu gelangen. Ich möchte in dieser Hinsicht verweisen auf den Ten gewisser halbamtlicher Rundgebote der russischen Regierung gegen die Regierungen der Verbündeten, insbesondere aber auf eine Rundgebung der Petersburger Telegraphenagentur, die im Anstand als halbamtliches russisches Organ angesehen wird. In dieser Rundgebung — ich will, um meine Rede nicht allzulang zu verlängern, für den Augenblick auf die amtliche Wiederholung verzichten, behalte mir aber, wenn es nötig sein sollte, ihre Wiedergabe für den weiteren Verlauf der Diskussion vor — war eine angeblich in der Sitzung vom 28. Dezember 1917 durch den Vorsitzenden der russischen Delegation, Herrn Joffe, gegebene Antwort ausführlich wiedergegeben, die — wie ein Einblick in die Akten lehrt — lediglich aus der Wendung des Erklärenden entnommen ist. Diese in allen Teilen erfindende Mitteilung, hat erheblich dazu beigetragen, das Urteil über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu verwirren und deren Ergebnisse zu gefährden.

Die russische Friedensnote.

Wenn ich trotzdem die Hoffnung nicht völlig aufgeben möchte, daß die Verhandlungen zu einem ersprießlichen Ergebnis führen können, so gründet sich diese Hoffnung in erster Linie auf den uns bekannten und durch die russische Delegation in brechender Weise zum Ausdruck gebrachten Wunsch des russischen Volkes nach einem dauernden und gesicherten Frieden und auf die Erfahrungen, die wir in den Verhandlungen über die Arbeitsmethode der russischen Abordnung gemacht haben. Sowohl sich aus den vor der Arbeitspause geführten Verhandlungen ein Urteil bilden läßt, halte ich die Schwierigkeiten materieller Natur nicht für groß genug, um ein Scheitern des Friedensversuches und damit vorwiegend die Wiederaufnahme des Krieges im Osten mit seinen unabsehbaren Folgen für gerechtfertigt zu halten.

Eine Erklärung des Grafen Czernin.

Hierauf führte der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, aus:

„Ich habe den Bemerkungen meines deutschen Kollegen noch folgendes hinzuzufügen:

Die Gründe, welcher wegen wir eine Verlegung der Verhandlungen im jetzigen Augenblick in ein neutrales Land kategorisch verweigern, sind doppelter Natur.

1. technischer Art: Sie wie wir sind von hier aus mit direkten Dröhnen mit unseren respektive ihren Regierungen verbunden, und schließlich findet ein Meinungsaustausch von Ihnen mit Petersburg und Kiew, von uns mit unseren Zentralen statt. Wir wollen und können diesen Apparat nicht missen, sollen die Verhandlungen nicht unendlich erschwert und verzögert werden.

Doch wichtiger aber als dieser Grund ist das zweite Motiv. Sie, meine Herren, haben sehrzeitig an uns die Einladung für allgemeine Friedensverhandlungen ergötzen lassen, wir haben dieselbe angenommen und wir haben uns auf eine Basis für den allgemeinen Frieden geeinigt. Auf dieser Basis haben Sie Ihren Verbündeten ein zehnjähriges Ultimatum gestellt. Ihre Verbündeten haben Ihnen nicht geantwortet, und heute handelt es sich nicht mehr um Verhandlungen zwecks eines allgemeinen Friedens, sondern eines Separatfriedens zwischen Rußland und dem Bündnis.

Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet würde der Entente die von ihr erstrebte Gelegenheit geben, ständig einzugreifen. Die Regierungen Englands und Frankreichs würden vor und hinter den Kulissen alles versuchen, um das Zustandekommen eines Separatfriedens zu verhindern. Wir weigern uns, den westlichen Mächten diese Gelegenheit zu liefern, aber wir waren bereit, an einem nach zu bestimmenden Orte die formelle Schlussverhandlung und die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorzunehmen.

Was den meritorischen Teil der Verhandlungen anbelangt, in welchem Wechselseitigkeit zwischen Ihnen und uns noch nicht erzielt, so haben wir uns in der letzten Plenarsitzung bindend darauf geeinigt, diese Fragen einer ad hoc zu bildenden Kommission zu übergeben, welche sofort ihre Arbeiten zu beginnen hätte.

Alle vier Alliierten sind völlig einig darüber, die Verhandlungen auf der von dem Herrn Staatssekretär und mir entwickelten, mit den russischen Herren bereits bindend abgemachten Basis zu Ende zu führen.

Wenn die Herren der russischen Delegation von den gleichen Intentionen befeuert sind, so werden wir zu einem alle befriedigenden Ergebnis gelangen; wenn nicht, dann werden die Dinge ihren notwendigen Lauf nehmen, aber die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges fällt dann ausschließlich auf die Herren der russischen Delegation.

großem Ergebnis gelangen; wenn nicht, dann werden die Dinge ihren notwendigen Lauf nehmen, aber die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges fällt dann ausschließlich auf die Herren der russischen Delegation.

Großmeister Talaat Pascha und Justizminister Popoff schlossen sich namens der türkischen und der bulgarischen Delegation diesen Ausführungen an.

Der Vertreter der Obersten Heeresleitung.

Darauf gab General Hoffmann folgende Erklärung ab: „Es liegt mir eine Anzahl Funksprüche und Auftrufe vor, unterzeichnet von den Vertretern der russischen Regierung und der russischen Obersten Heeresleitung, die teils Beschimpfungen der deutschen Heereseinrichtungen und der deutschen Obersten Heeresleitung, teils Aufforderungen revolutionären Charakters an unsere Truppen enthalten. Diese Funksprüche und Auftrufe verstehen sich zweifellos gegen den Geist des zivilen Friedens und gegen geschlossenen Waffenstillstand. Im Namen der deutschen Obersten Heeresleitung lege ich gegen Form und Inhalt dieser Funksprüche und Auftrufe auf das entschiedenste Protest ein.“

Feldmarschall-Lieutenant Erzherzog von Gikheria, Oberst Gantshew und General der Kanallerie Jzyet Pascha schlossen sich diesem Protest im Namen des L. u. L. Armee-Oberkommandos, der kaiserlichen Obersten Heeresleitung und der osmanischen Armee an.

Auf Vorschlag des Vizepräsidenten für auswärtige Angelegenheiten, Troitzki, wurde nunmehr die Sitzung unterbrochen.

Wieder was neues!

Berlin, 10. Jan. Um den Reichstag dauernd über die Vorgänge in Brüssel-Votum auf dem Laufenden zu halten, werden von jetzt ab allabendlich die Fraktionsführer im Auswärtigen Amt durch den Unterstaatssekretär von dem Verlauf der Verhandlungen in Brüssel-Votum informiert. Dabei haben die Fraktionsführer auch Gelegenheit, ihre Wünsche zur Sprache zu bringen.

Reise Hindenburgs nach Berlin.

Im Anschluß an die Meldung der „Kreuzzeitung“ von einer bevorstehenden Reise Hindenburgs nach Berlin zur Aussprache mit Hertling schreibt die „Berl. Volkszeitung“: Es ist anzunehmen, daß der Feldmarschall bei seiner Berliner Reise auch Gelegenheit nehmen wird, sich mit dem Kaiser auszusprechen. Gegenüber den vielen Friedensartikeln können wir nur die Forderung wiederholen, daß man endlich klar und deutlich dem deutschen Volke sagen möge, worin die Gegenstände bestehen, die zwischen den kriegenden Stellen herrschen sollen. Wobin hat die neue Art der vollkommenen öffentlichen Verhandlung solcher Dinge sich durchaus bewährt. Und erklärt man offen und klar, welche Vorwürfe im einzelnen erhoben werden, dann ist es auch dem deutschen Volke möglich, sich ein Urteil zu bilden.

Wehrle in Berlin.

Aus Wien wird der „Kreuzzeitung“ gemeldet: Ueber die Verhandlungen Dr. Wehrles wird berichtet, daß insbesondere die Fragen eines kommenden handelspolitischen Systems zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einerseits und Rußland andererseits erörtert wurden. Man wird jedenfalls verstehen, die Sonderstellung, welche Deutschland und Österreich sich gewöhnen wollen, auch Rußland gegenüber durchzusetzen. Man hat auch auf die Mitteilung des Staatssekretärs Dr. Johannes im Hauptausfluß des Deutschen Reichstages verwiesen und behauptet, daß sich Rußland geneigt zeige, die Sonderstellung, welche sich Österreich-Ungarn und Deutschland durch Schließung eines engeren politischen Verhältnisses vorbehalten wollen, anzuerkennen. Es handelt sich bei den Verhandlungen Wehrles und Wimmers ferner um die Frage der deutschen Kolonialangelegenheiten in Österreich-Ungarn, bezw. um die Hinausschiebung ihrer Klärung auf spätere Zeit.

Die polnischen Regierungsveteren in Berlin.

Berlin, 10. Jan. (WB.) Wir erfahren von polnischer Seite:

Der polnische Regentkassirer und der Ministerpräsident mit dem Gefolge haben unter dem überauswillkommenen Eindruck des gelassenen Empfanges beim Kaiser. Nach der Frühstückstafel zog der Kaiser die polnischen Herren in ein Gespräch, das ungefähr zwei Stunden dauerte. Die vitalsten Angelegenheiten des jungen Königreichs wurden berührt. In den gestrigen Nachmittagsstunden fand zu Ehren der Warschauer Gäste ein großer Empfang beim Grafen v. Sitten-Gypski statt. Die Vertreter Polens hatten hier Gelegenheit, mit hervorragenden Vertretern der deutschen militärischen und Beamtenwelt, sowie mit Vertretern der deutschen Presse und Volkswirtschaft in Verbindung zu treten. In den Abendstunden folgten die Herren vom Regentkassirer und der polnischen Regierung einer Einladung des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, Grafen Erbschön zu einem Empfang gegen 70 Gäste, unter ihnen mehrere Staatsminister, Staatssekretäre, Mitglieder des Bundesrats und parlamentarische Führer. Die Vormittagsstunden des 9. Januar waren erster Arbeit gewidmet. In Konferenz wurden die laufenden Fragen behandelt, u. a. die Annahmefrage, auf die die Vertreter Polens viel Gewicht legen. Es wird berichtet, daß die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Am Frühstück waren die Gäste des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt von dem Wunsch, an dem mehrere Vertreter der diplomatischen Welt teilnahmen. Abends reisten die Warschauer Herren nach Wien, um Kaiser Karl ihre Aufwartung zu machen.

Rußland.

Saparanda, 9. Jan. (WB.) Der englische Botschafter in Petersburg Buchanan ist mit Familie und Gefolge hier eingetroffen und reist nach Stockholm weiter.

Stockholm, 9. Jan. (WB.) Nach einer Meldung aus Saparanda an „Svenska Dagbladet“ bereitet das Smolny-Institut einen Erlaß vor, durch den der Rat der Bolschewikoffe beauftragt wird, einzelne Personen aus dem Lande zu verweisen, da die überfüllten Gefängnisse die Mithimmung im Volke hervorzurufen. Auf der Liste der Auszuweisenden stehen Witschew, Serenst, Tschingarew, Sob und Tschernow.

Amerikanische Grenzlägen.

Berlin, 9. Jan. (WB.) Die „Morning Post“ vom 28. Dezember erzählt aus Washington, General Pershing habe amtlich kundgegeben, daß Deutsche amerikanische Gefangenen die Rechte durchschnitten und er Truppen und Land mit deutscher Barbarei bekannt machen wolle. Man habe in Amerika die Grenznotizen niemals geglaubt, hier aber sehe man sich einer unbestreitbaren Tatsache gegenüber. Das amerikanische Heer habe genügend Erfahrung im Kampf gegen Wilde, um auch mit den Deutschen fertig zu werden. In langen Kriegen hätten sie erkannt, daß der beste Indianer der tote sei. Sie würden auch wissen, welches der beste Deutsche sei. Die Behauptung, daß die Grenznotizen in Amerika niemals geglaubt wurden, ist überflüssig. Der amerikanische Zeitungen und amerikanischen Schimmungen im Weltkrieg kennen lernen, weiß, daß keine Grenznotizen graulich genug war, um nicht von amerikanischen Zeitungen gedruckt und vom amerikanischen Publikum geglaubt zu werden. Aber fährt der Bericht fort, hier liegt eine unbestreitbare Tatsache vor. General Pershing blieb den Beweis schuldig und wird ihn nie erbringen. Zumein die Amerikaner haben die Absicht, ihre Erfahrungen im Kampf mit den Wilden zu verwerfen. Sie werden werden die Erfahrungen aus den Freiheitskriegen gegen die Engländer benutzen. Man erinnert sich, daß die Kämpfe im Jahre 1812 von den Engländern mit einer unbestreitbaren Rohheit und einer tierischen Grausamkeit geführt wurden. Die Engländer verbanden sich damals mit den Rothäuten und setzten einen Preis von 2 Dollars auf jeden amerikanischen Sklave aus, gleichgültig ob von Männern, Frauen oder Kindern. Die Stadt Detroit wurde eingeäschert und die Einwohner wurden erschossen. Das Fort Dearborn wurde erobert und die Besatzung niedergemacht. Die Indianer wurden auf englische Anweisung in Kalifornien, in Mexiko gebunden und lebendig verbrannt. Die Amerikaner denken also, im Stille dieser Kriege und getreu der Auffassung, daß der beste Feind der tote Feind ist, zu kämpfen. Die Deutschen besaßen seit 3½ Jahren die Reger, Gurkhas und alle anderen Völkerschaften, die für Recht, Freiheit und Kultur kämpfen. Sie scheuen auch den Kampf mit den Amerikanern nicht.

Palästina.

Berlin, 5. Jan. (WB.) Der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Herr von dem Busche hat die Herren Professoren Dr. Warburg und Dr. Handke vom „Jüdischen Aktionskomitee“ sowie die Herren Dr. Oppenheimer, Dr. Friedmann und Dr. Sobornheim vom „Komitee für den Osten“ empfangen und ihnen folgendes erklärt:

Wir würden die auf die Entwicklung ihrer Kultur und Eigenart gerichteten Wünsche der jüdischen Minderheit in den Ländern, in denen sie eine stark entwickelte Eigenheit haben. Wir bringen ihnen volles Verständnis entgegen und sind zu einer wohlwollenden Unterstützung ihrer diesbezüglichen Bestrebungen bereit. Hinsichtlich der von der Judenheit, besonders von den Zionisten, verfolgten Bestrebungen in Palästina begrüßen wir daher die Erklärungen, die der Großmeister Talaat Pascha kürzlich abgegeben hat, besonders die Absicht der türkischen osmanischen Regierung gemäß ihrer den Juden stets bewiesenen freundschaftlichen Haltung, die ausfliehende jüdische Siedlung in Palästina durch Gewährung freier Einwanderung und Niederlassung in den Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Landes und der örtlichen Selbstverwaltung entsprechend den Landesgesetzen und durch die freie Entwicklung ihrer kulturellen Eigenart zu fördern.

Die Rigaer Kaufmannschaft für enge Angliederung an das Deutsche Reich.

Königsberg i. Pr., 4. Jan. Die Rigaer Kaufmannschaft, die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Detailkaufmannschaft, Großhändler und Kleinhändler in Riga, hat dem Vorsitzenden der Königsberger Kaufmannschaft Kenntnis von ihrem Beschluß gegeben, in dem es heißt:

Nach reiflicher Überlegung ist die allgemeine Versammlung der Mitglieder der Rigaer Kaufmannschaft der festen Überzeugung, daß alle unvergänglichen, hohen Güter, die jeder ehrbare Kaufmann höher einschätzt als Wohlleben und leichten Verdienst, ihr nur werden können, wenn ihre alte Vaterstadt und das Baltikum eng angegliedert werden an das großmächtige Deutsche Reich, wenn sie sich geben unter den Schutz und Schirm seiner Majestät des Deutschen Kaisers. Freudig bewegen Berg und ohne Vorbehalt hat daher die heutige Versammlung der in der Rigaer Kaufmannschaft vereinigten Rigaer Kaufmannschaft sich für eine solche Angliederung einstimmig ausgesprochen.

Berlin, 10. Jan. (WB.) Der konservative Landtagsabgeordnete Jordan v. Kröcher ist auf seinem Gute Binzelsberg (Kreis Gardelegen) gestorben.

In der „Deutschen Tageszeitung“ finden wir einen trefflichen Aufsatz über das Wesen des Parlamentarismus, angefaßt von den herrlichen Taten unseres Volksheeres unter seiner unvergleichlichen Führung. Die Betrachtung klingt in folgenden Sätzen aus:

Das Wesen des Heeres ist nicht das Wort, sondern die That. Scheidemann hat bisher trotz aller Reden noch nicht ein einziges Gutes dem deutschen Volke gethan, Stinburg berichtet täglich neue Thaten und schafft neue Werte. Es ist menschenbildend, sich des Erringenen zu freuen, und das natürliche Streben des Heeres muß daher dahin gehen, eroberte Gebiete zum dauernden Nutzen des Vaterlandes diesem zu erhalten. Es will den deutschen Frieden.

Das deutsche Volk das deutsche Volk in Berlin zu nennen und daraus Folgen für die Verfassungsneuordnung herleiten zu wollen, heißt oberflächlich urtheilen. Ein Haus, das in einer Ebene steht, kann aber abgebrochen und auf einem Berge nach neuem Plane wieder errichtet werden, ist nicht mehr das alte. So ist der einzelne Mann im Heere nicht der, der er im bürgerlichen Verste war. Ein neuer Geist, der Geist des Heeres, der Rasse, der er nun angehört, durchdringt ihn. Daher ist es auf jeden Fall falsch, anzusetzen, daß die Mehrzahl der Männer unter den Fahnen steht, den Reichstag jetzt als wahre Vertretung des deutschen Volkes zu bezeichnen. In Hindenburgs Regern ist Deutschland, nicht im Volkthum in Berlin.

Heer und Parlament sind, wie gezeigt, Gegenstände, welche Wort und That. Das Heer schaffte durch sich allein der Staats neue Werte, das Parlament vermag es nicht. Es kann nur unmittelbar wirken, wenn es außerhalb seiner eine Stütze findet, sei es, daß es die Massen der Straße für sich gewinnt, sei es, daß es das stärkste Mittel des Staates, das Heer, sich zueignet. Dieses ist natürlich eine ganz andere Stütze als die Massen der Straßen. Daher wird das Streben des Parlaments stets auf Erlangung von Einfluß im Heere gerichtet sein.

Ge ingt ihm dies, so glebt naturnothwendig ein dem
 Heere fremder Geist in ihm ein. Die russischen Regimenter,
 die Beratungen abhalten, während sie in die Schacht rücken
 sollen, sind das beste Beispiel dafür. Das Wesen des Heeres
 ist dem des Parlamentes zu entgegengelegt, das freilich ein
 dauerhafter Einfluß des Parlamentes nicht möglich ist. Nicht
 die Redner haben in der Weltgeschichte gegiegt, sondern die
 Feldherren, nicht Cicero, sondern Antonius, nicht Demosthe-
 nes, sondern Philipp, nicht Sieyès und Lafayette, sondern
 Napoleon. Kerenitz hat dies erkannt, als er sich zum
 Generalissimus ernennen ließ. Man kann zu diesem Punkte
 nichts Belleres sagen, als Burke in seinen „Betrachtungen
 über die französische Revolution“ (Ausgabe v. Geny 1793,
 II, 6.) ausführt: „Töricht wäre es, wenn die Nationalver-
 sammlung sich einbildete, sie selbst oder ihre Nachfolger wür-
 den entweder unmittelbar oder durch irgendein Organ, des-
 sen sie sich bedienen könnten, das wahre Kommando über die
 Armeen führen. Es ist bekannt, wie schwer es zu allen Zei-
 ten gefallen ist, Armeen zu einem anhaltenden Gehorsam
 gegen bürgerliche Senate oder Volksversammlungen zu-
 bringen: am wenigsten werden sie sich oder von einer Ver-
 sammlung regieren lassen, die nie länger als einige Jahre
 in ihrer Würde bleibt. Der ganze militärische Charakter
 müßte verloren geben, wenn Militärpersonen sich in schul-
 digen Ehrfurcht und schweigender Bewunderung das Kom-
 mando von Rednern genießen lassen sollten, zumal wenn sie
 voraussehen, daß sie einer immer wechselnden Reihe dieser
 Redner deren jedesmalige militärische Grundsätze so unsicher
 als flüchtig sein müßten, den Tribut ihres Gehorsams zu
 leisten haben.“ Die Folge eines solchen Zustandes kann nur
 Anarchie oder Militärdiktatur sein.

Eine Parlamentsherrschaft über das Heer ist bei uns
 Dank des gesunden Sinnes und der Königstreue des Volkes
 vorläufig nicht zu befürchten. Gegenüber den un-
 vorhandenen Anlässen gilt es aber auf der Hut zu sein und
 die verderblichen Folgen auch dieser demokratischen Forder-
 ung rechtzeitig aufzuheben. Ihre Spuren in Geschichte und
 Gegenwart sollten uns schrecken.

In Anblich an die Ausführungen über den Abg. Erzberger ist der Inhalt einer Zuspchrift belangreich, die der „Kgl. Adm.“ vom Rhein zugeht. In ihr wird festgestellt, daß die kürzlich gemachte Mitteilung der „Königlichen Volkszeitung“:

„Nach den uns aus dieser Veranlassung im Großen Hauptquartier horizontal mitgetheilten Einzelheiten können wir zu unserer besonderen Genugthuung feststellen, daß die unentworfene, feste wasserländische Haltung von der „A. V.“ unterstützen. Jed.) der „Königlich-Preussischen“ sich durchaus mit den kundgegebenen Aufzeichnungen der Obersten Heeresleitung deckt. Mehr zu sagen, ist heute noch nicht an der Zeit.“

das Ende der Erzbergerei bedeutet. Dann heißt es weiter: „Röthliche Volkzettelung und Erzberger haben dennmal drei grundverschiedene Anschauungen vertreten: das Zentrumblatt einen deutschen Frieden, der heutige Zentrumsführer einen Verzichtfrieden. Im Großen Hauptquartier hat man nun der „Röthlichen Volkzettelung“, wie sie mittelst, behauptet, daß dort Anschauungen herrschen, die mit ihrer demagogischen „unentwegten, festen, vaterländischen Haltung“ übereinstimmen.“

Es ist wichtig. Diese Kathode sehr und bestimmt festzustellen — denn wie sind die Dinge gelaufen?

Die Haltung der Reichstagsfraktion des Zentrums in jenen Zustagen erregte in weiten vaterländisch geimten Kreisen der Partei lebhaftes Bedauern und lebhaften Widerspruch. Die Parteileitung hielt es daher für notwendig, das leitende Organ der Partei, den Reichsausschuß, auf den 22. und 23. Juli nach Frankfurt a. M. zu berufen, um die Einheit der Anschauungen wiederherzustellen. Ergerger, als der Urheber des Reichstagsbeschlusses, wurde zur Berantwortung geladen und — er erzielte einen durchschlagenden Sieg. Er gewann den Tag.

Erzberger kam, gewaffnet bis an die Zähne mit vertraulichen amtlichen und nicht amtlichen Material. Damit schenkte er jeden Widerstand nieder. Er fuhr das schwerste Geschütz auf und mündete mit der verblüffenden „Eichengewei“, die wir an ihm kennen. Mehrmals zog er sogar den Kolber in die Debatte. „Dann habe ich Ihnen noch im Allerhöchsten Auftrage das folgende zu sagen.“ Er erzählte, daß er, ehe er nach Frankfurt gekommen, bei Stödenburg und Ludenstorf gewesen, und daß diese seine Andeutungen seien. Auf Grund seines Materials entwarf er in Frankfurt ein so trauriges Bild unserer Lage, daß seine Zuhörer an einem herrlichen Ausgang unserer Sache verzweifeln. Als sie nach Hause kamen, erzählten sie, sie hätten die folgende Nacht nicht schlafen können aus Sorge um unsere deutsche Sache. Und welches war der Kern der Erzberger'schen Darlegungen? Der U-Bootskrieg sei ein Selbstmord, unsere Ernährung sei in Frage gestellt, die Munitionsherstellung ungedeckt, unsere Bundesgenossen kriegsmüde und noch einem Frieden fast um jeden Preis begierig. Ihr Abfall drohe, wenn es noch lange weitergehe und dergleichen.

Um die Partei ganz auf Ergraberger festzulegen, gingen darum seine Senkthoden auf Reisen. Der Abg. Wiesberts ging nach dem Bellen und vorbereitete dort in Arbeiterversammlungen Angst und Schrecken durch seine Mittheilung über unsere bedrückte Ernährung. Der Abg. Hahndender halte schon am 16. Juli in Bonn vor den Handwerkerorganisationen eine Rede zur Verteidigung Ergraberger wegen seiner Rede im Hauptplankongress so ist immer Art gehalten, daß der gleichfalls anwesende Abg. Dr. Veunmer den Vorsitzenden bat, er möchte doch um Gotteswillen die anwesenden Stellvertreter ersuchen, die Mittheilungen Hahndenders über die Kriegslage und unsere U-Boote nicht zu bringen, denn wenn unsere Feinde das erfahren, würde der Krieg mindestens um ein halbes Jahr verlängert werden.

So weit wollte man es zu gehen! Teilnehmer an dieser Versammlung verbreiteten: Nach diesen Mitteilungen hätte keiner von ihnen mehr an einen erfolgreichen Ausgang des Krieges geglaubt!

Diese Flaumocherei nahm einen solchen Umfang an, daß einzelne Generalkommandos an den Kriegeminister berichteten, wenn dieselben Truppen bei Ende gemacht werde, könnten sie die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Stimmung in Ronde nicht länger tragen, und zwar um so weniger, als man sich wie es Erzberger in Frankfurt gelien, bei dieser Flaumocherei darauf berufe, die Oesterz Seeres-
leitung stelle die Anweisungen Erzbergers über unsere Lage. Man weiß, daß daraufhin Sinsenburg jene fernige Rund-
gebung erstlich, worin er dieser Flaumocherei auf das ent-
scheidendste widersprach und worin er sagte: Ich will nicht,
daß unsere Namen mit einem beträchtigen Tunt in Zusammenhang gebracht werden.

Erzberger schwieg dazu — aber er widerrieth nicht seine Frankfurt-Behauptungen, obgleich Anglophilen die Oberte Seereschiffung in der unangenehmsten Weise — wie es jedem Kündigen ja auch bekannt sein mußte — befundenhalt, daß sie in allen jenen Behauptungen genau der gegentheiligen Ansicht sei wie Erzberger, daß die U-Boote alle in die geforderten Ervorsorungen erfüllt hätten, daß die Kriegssäge für und die denkbar günstigste sei — was sie nach dem 19. Juli ja durch die Schläge im Eilen, in Stollen, in Zandern und bei Hammeritz, so glänzend bewiesen hat, und wovon jetzt Press-Risikow so durchschlagend zeugt —, daß die Ernährung, wenn auch knapp, so doch ausreicht, daß die Munitionsherstellung ständigen Andruck sei. Erzberger ging nach Abbruch und Ulin — und widerrieth seine Behauptungen öffentlich und nicht öffentlich. Im letzteren Falle ließ er, wie in Frankfurt, durchblicken, daß „hohe und höchste Persönlichkeiten“ hinter ihm ständen, und daß seine Gegner auch nicht entzweit wüßten, was er wisse. Selbstverständlich steht er auch in Verbindung mit der Obersten Seereschiffung, die mit ihm einzig gebe.

Und nun ist endlich die Zentrumspreffe eines Besseren belehrt. Sie ist aus dem Großen Hauptquartier zurückgekommen mit der freudigen Botschaft, daß Hindenburg uns doch einen deutschen Sieg erringen wird, zurückgekommen mit dem festen Glauben, daß das Jahr 1918 uns seinen faulen Verblüffungsfrieden, sondern einen guten deutschen Sicherungsfrieden bringen wird. Die „Königliche Beilegung“ hat mit eigenen Ohren gehört, daß ihre „Feste, unerschütterte, vaterländische Haltung“ vor dem 19. Juli diejenige war, die der Aufsammlung der Obersten Heeresleitung entspricht und daß Erzberger dem Reichsausschuß in Frankfurt — die Unwahrheit gesagt hat.

Wir erhalten eine Fülle von Zuschriften, die ihrer Enttstellung über das planlose Dahinmorden der Schweinebesitzer Ausdruck geben. Es dürfte daher von allgemeinem Interesse sein, daß der Landtagsabgeordnete **W r e i d e n b a c h** -Dorheim gestern an das Ministerium des Innern, Abt. 3, folgendes Telegramm gerichtet hat:

„Werde bekräftigt mit Entrüstungen über den amtlich
verordneten Schweinemord. Bitte die Verordnung im In-
teresse der Gesamtbevölkerung aufzuheben.“

Noch am selben Tage erhielt der genannte Abgeordnete
folgendes Antworttelegramm:

Kriegsernährungsamt verlangt aus zwingenden Gründen unbedingt die Abschachtung der Schweine. Bei Besprechung Antrag Leun wird Aufklärung der Gründe erfolgen.
Innere's Ministerium."

Wir bedauern diese Antwort und noch mehr den Standpunkt des Kriegsernährungsamts, der sich, dessen sind wir überzeugt, in der Folge auch als schwerer Fehler erweisen wird. Hat erst das Land nichts mehr zu essen, so werden's die Städte errecht nicht haben.



Geilenau, 10. Jan. Unteroffizier Otto Destrach aus Geilenau, welcher schon im Besitze der Preussischen Tapferkeitsmedaille ist, wurde für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet.

Wohnbach. Dem Kanonier Gustav Stoll in einem Reserve-Feld-Artillerie-Regiment, der bereits im Besitze der kaiserlichen Tapferkeitsmedaille ist, wurde das Eisene Kreuz verliehen. Herzlichen Glückwunsch!

Einzel. Dem Gardefächler Gustav Löhner wurde das Eisene Kreuz 2. Klasse sowie die Heilige Tapferkeitsmedaille verliehen. Das Eisene Kreuz 2. Klasse erhielt ferner Gefreiter Wilhelm Regt, Sohn des Arbeiters Kolpar Wont. Zum Offiziers-Kandidaten wurde Feldwebel Otto Grotz, Sohn des Landwirts Joh. Grotz 11 ernannt.

Zwangsumfänge auf Schweine. Das Großh. Kreisamt erläßt nachstehende Verordnung: Die Ablieferung der Schweine über 8 Wochen ist vielfach noch ungenügend. Wir weisen darauf hin, daß noch Anwendung der Reichsregierung bis zum 15. Januar 1918 alle Schweine im Alter von über 8 Wochen, die nicht als Zuchtsweine oder als Hauschlachtungs Schweine anerkannt und genehmigt sind, an den Viehhändelsverband abgeliefert werden müssen. Für solche Schweine, die bis zu diesem Zeitpunkt genehmigt nicht abgeliefert sind, tritt eine erhebliche Senkung der Hebernahmepreise und außerdem das Enteignungsverfahren ein. Alle Schließungen mit Schweinen in der Zuchtzeit sind streng verboten. Schweine, die zur Hauschlachtung des Betreibers bestimmt sind, müssen als solche vom Kommunalverband anerkannt werden. Alle noch rückständigen Hauschlachtungsnachträge sind daher möglichst bis zum 15. Januar bei uns einzureichen. Hauschlachtungen werden nur noch bis Ende März 1918 genehmigt. Für die spätere Zeit dürfen bei Schlachtnahme Schweine keine Verwendung finden. Für Schweine über 8 Wochen dürfen auch keine Masttrüggere mehr abgeschlossen werden. Bei den beschlagnahmten Schweinen ist eine Ausnahme für Masttrüggere nicht im Gesetz vorsehender. Der Abschluß von Masttrüggern entbindet also nicht von der Ablieferungsspflicht. Masttrüggere können nur über Ferkel unter 8 Wochen abgeschlossen werden. Es ist auch unzulässig, Schweine, die zur Hauschlachtung für den folgenden Herbst bestimmt sind, jezt als Zuchtsweine zu bezeichnen und zurückzuhalten. Dies kann nicht anerkannt werden. Als Zuchtsweine können nach Anmeldung des Oberbäuerlichen Viehhändelsverbandes nur solche Mutterstauen und Eber gelten und anerkannt werden, die tatsächlich zur Zucht geeignet sind und auch zur Zucht schon verwendet werden. Als Hauschlachtungsschweine werden nur diejenigen Schweine anerkannt und geschlachtet, die bis zum 15. März 1918 geschlachtet werden sollen. Wir werden die Kennzeichnung der anerkannten Schlachttiere durch besondere Zeichnung mit unausschließbarer Farbe verfügen. Die Großh. Bürgermeistereien haben in Gemeinschaft mit dem Wirtschaftsausschuß der Gemeinden ein Verzeichnis der als Schlachttiere unbedenklich anzuerkennenden Mutterstauen und Eber anzulegen und mit möglichster Befolgung die Kennzeichnung dieser Tiere nach unsern näheren Anweisungen vorzunehmen. Diese Anmeldung erfolgt durch hestographisches Aufschreiben. Die auf diese Weise gekennzeichneten Schweine dürfen unter keiner Bedingung später zur Hauschlachtung Verwendung finden, sie müssen vielmehr bei Schlachttrieb an den Oberbäuerlichen Viehhändelsverband abgegeben werden. Ein gleiches Versehen wird in der ganzen Provinz Oberpomm. eingeführt. Wir fordern die Ortspolizeibehörden auf, vorstehende Verfügung umgehend ortsüblich bekannt zu geben und an den Rathhäusern anzufügen. Die Ortspolizeibehörden haben dafür zu sorgen, daß alle beschlagnahmten Schweine möglichst reiflos bis zum 15. Januar zur Ablieferung kommen. In Zweifelsfällen hat der Wirtschaftsausschuß in Gemeinschaft mit der Bürgermeisterei und unter Zugabe eines Fleischbesauers zu entscheiden, ob ein Tier als Zuchtswein gelten muß oder ob es die Altersgrenze von 8 Wochen erreicht hat. Als Altersgrenze gilt der 15. Januar 1918. Viehhändler, die sich weigern, beschlagnahmte Schweine abzuliefern oder welche Ausreden durchzusetzen versuchen, sind uns zu melden. Wir werden dann unverzüglich das Enteignungsverfahren einleiten lassen.

1 Hofverwalter oder Kriegsdirektor, 1 Knechtfamilie, 3
Schreiner, 1 Bäcker 1 Postbote, 63 Feldmädchen, mehrere land-
wirtschaftliche Dienstmägde, mehrere Hausmädchen und Monats-
frauen.

Für Clappe: Mehrere Stenographinnen und Raschens-
schreiberinnen 100 Guldenlohn

2 Mehrere Welterfamilien und ledige Welter, Welterinnen,
2 Kontoristinnen, 2 Haushälterinnen.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto
Grieschel, Friedberg; für den Anzeigenteil: R. Heyner,
Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“
R. G. Friedberg i. S.

